

Crossener Gemeinderat lehnt Kiesabbau in Ahlendorf ab

09. Dezember 2017 / 02:59 Uhr



Jürgen Fuchs, Wolfgang Maruschky, Christian Nitsch (v.l.) von der Bürgerinitiative "Pro Elsteraue - Gegen den Kiesabbau" nageln die Thesen an die Tür. Foto: Susann Grunert

Crossen. Stapelweise Stühle wurden am Donnerstagabend in den Sitzungssaal im Klubhaus Crossen getragen. So groß war das Bürgerinteresse an der Sitzung des Gemeinderates.

Es war allerdings nicht zuvorderst der Bauhof, wie der Ratsvorsitzende und Versammlungsleiter Jens Lüdtker, der für so großes Bürgerinteresse an der Ratssitzung sorgte. Vielmehr waren es die Dorferneuerung für die Elstertal-Region insbesondere im Rosenthal und vor allem das brennende Thema Kiesabbau.

Das ursprünglich weit hinten auf der Tagesordnung rangierende Thema wurde dann auch weit nach vorn gezogen – im Bürgerinteresse. Das Resultat: Der Gemeinderat hat mit deutlicher Mehrheit gegen den Kiesabbau im Crossener Ortsteil Ahlendorf gestimmt. Er ist damit der Empfehlung der zum Thema Kiesabbau gegründeten Arbeitsgruppe in der Gemeinde gefolgt.

Die AG mit Vertretern aus dem Gemeinderat und Bürgern aus dem Ortsteil Ahlendorf hatte das Pro und das Kontra zu Kiesabbau in Ahlendorf zusammengetragen.

Bereits am 9. November hatte sich die Mehrheit der Arbeitsgruppe gegen die Genehmigung für den Kiesabbau ausgesprochen. An die Mahnung des Bürgermeisters, über das Resultat jener nichtöffentlichen Sitzung zu schweigen, hatten sich die Mitglieder gehalten. Das Ergebnis mit dem Pro und Kontra war am Donnerstagabend erstmals öffentlich verkündet worden.

Zu Beginn der Ratssitzung hatte Jürgen Fuchs aus Ahlendorf dem Gemeinderatsvorsitzenden Lüdtkke eine Petition der Bürgerinitiative „pro Elsteraue“ gegen den Kiesabbau übergeben mit 151 Unterschriften auf Papier und weiteren 530 Online-Unterschriften „mit der Bitte um Berücksichtigung“.

Am Tag vor der Ratssitzung hatte die Bürgerinitiative ihre Thesen gegen den Kiesabbau öffentlich an der Crossener Thesentür geschlagen. BI-Sprecher Wolfgang Maruschky sprach sich nochmals ausdrücklich gegen den Kiesabbau aus. Dieser bringe nur Nachteile und Schadensrisiken und null Vorteile. Er verwies auf ein Schreiben der Kiesabbaufirma LZR, in dem von der Gemeinde erwartet wird, nicht zu handeln, ehe nicht alle Ergebnisse von den in die Wege geleiteten Gutachten für eine Abbaugenehmigung vorlägen.

„Es ist richtig, wenn heute ein Beschluss gefasst wird. Er hat höchste politische Priorität“, sagte Maruschky in der Einwohnerfragestunde am Beginn der Ratssitzung.

Als der Tagesordnungspunkt Kiesabbau aufgerufen wurde, erinnerte Helmut Wunderlich, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft, an die Visite der Bürgerinitiative in Unterfranken, wo drei große Kiesfirmen aus 40 Kieslöchern Rohstoffe abbauen. „Es geht also auch noch in anderen Dimensionen“, sagte Wunderlich. Er befürchtet, dass es nicht nur bei den sieben Hektar für den Kiesabbau in Ahlendorf bleiben könnte, sondern sich der Abbau künftig auf das gesamte Elstertal zwischen Köstritz und Crossen erstrecken könnte.

Crossens Bürgermeister Uwe Berndt (Die Linke), der die Petition der Bürgerinitiative „habe lesen müssen“, verwahrte sich davor, dass er und der Gemeinderat die Entscheidungsträger für den Kiesabbau seien. Er verwies auf eine entsprechende E-Mail, die bei ihm eingegangen sei. Den bislang unbekanntem Absender, den er im Kreis der Bürgerinitiative sieht, wolle er „zur Anzeige bringen“. Das Schreiben der Kiesabbaufirma mit der Bitte an den Gemeinderat, mit einer Entscheidung bis zum

Abschluss der Untersuchungen zu warten, las Berndt in der Ratssitzung im Wortlaut vor.

Den Brief vorzulesen, sei zwar richtig, er gehe aber am Thema vorbei, kommentierte Ratsmitglied Jörg Henke (AfD). „Die Sorgen der Bürger sind berechtigt. Wir sollten uns als Gemeinde nicht erpressen lassen.“

Lisa Beckmann (Die Linke) sagte vor der Abstimmung: „Die Gutachten werden weiterhelfen.“ Und sie habe sich über einzelne Akteure und viel Unfairness geärgert. Auch sie verwies darauf, dass die Gemeinde nicht Herr des Genehmigungsverfahrens ist. Aber: „Wir fassen heute einen Symbolbeschluss – nicht mehr und nicht weniger“, sagte Beckmann und stimmte für den Antrag der Arbeitsgemeinschaft.

Angelika Munteanu / 09.12.17

ZoRo139436274